
2968/J XXIV. GP

Eingelangt am 08.09.2009

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

**der Abgeordneten Mag. Johann Maier
und GenossInnen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend „Bankomat kollaps und die Folgen“**

Ein Hardwaredefekt im zentralen Autorisierungsrechner war nach Presseberichten schuld, dass es zu massiven Problemen bei den Bankomatkassen kam (16. Juli 2009).

Über 3000 Menschen waren diesen Berichten zufolge davon direkt betroffen, ihre Bankomatkarte wurde eingezogen. Knapp jeder siebente der 7500 in Österreich aufgestellten Geldautomaten war davon betroffen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

Anfrage:

1. Worauf war konkret der Bankomat kollaps am 16.07.2009 zurückzuführen?
2. Welche Maßnahmen wurden durch die Betreiberfirma „First Data Austria“ bzw. durch die Bankomatausgabefirma „GABE“ ergriffen, um dies für die Zukunft auszuschließen?
3. Wie viele Personen, deren Karten eingezogen wurden, waren davon direkt betroffen (Aufschlüsselung der Bankomaten auf Bundesländer)?
4. Unter welchen Voraussetzungen können Bankomatkarteneinhaber, die dadurch finanzielle Nachteile etc. erlitten haben, Schadenersatzansprüche stellen?
Wie viele haben Schadenersatzansprüche gestellt?

5. Wie viele Bankomatkarten, die im Ausland ausgestellt wurden, wurden bei diesem Bankomatkollaps eingezogen?
6. Unter welchen Voraussetzungen können diese betroffenen Bankomatkarteneinhaber (z.B. Touristen), die dadurch finanzielle Nachteile etc. erlitten haben, Schadenersatzansprüche stellen?
Wie viele haben Schadenersatzansprüche gestellt?
7. Welche konkreten Maßnahmen wurden seitens des Ressorts ergriffen, um einen derartigen „Bankomatkollaps“ für die Zukunft im Urlaubsland Österreich auszuschließen?
8. Sind dafür gesetzliche Regelungen notwendig?
Wenn ja, welche?